05, 09, 91

## **Antrag**

der Abgeordneten Dr. Barbara Höll und der Gruppe der PDS/Linke Liste

## Einrichtung einer Stiftung zum Schutz und zur Bewahrung der Stätten des antifaschistischen Widerstands

Der Bundestag wolle beschließen:

- 1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Garantie der Unantastbarkeit der Stätten des antifaschistischen Widerstandes und ihres Schutzes vor kommerziellem Mißbrauch einzubringen.
- 2. Die Bundesregierung wird beauftragt, zum Schutz und zur Bewahrung der Stätten des antifaschistischen Widerstandes eine Stiftung ins Leben zu rufen, die darüber wacht, daß weder das Territorium solcher Stätten zweckentfremdet wird noch in deren Nähe pietätsverletzende Einrichtungen betrieben werden können.
- 3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich ein Programm zur finanziellen Unterstützung der inhaltlichen Arbeit von Stätten des antifaschistischen Widerstandes, z. B. Förderung internationaler Begegnungen, Fachtagungen zur Aufarbeitung der deutschen Geschichte von 1933 bis 1945, vorzulegen.

Bonn, den 5. September 1991

Dr. Barbara Höll

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

## Begründung

Die Absicht, zum Beispiel das Gelände des faschistischen Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück, auf dem 92 000 Frauen und Kinder aus mehr als 20 Nationen ermordet wurden, für den Bau eines Supermarktes zu mißbrauchen, zeigt die Notwendigkeit, solche Versuche einer kommerziellen oder anderweitig unangemessenen Verwendung von Stätten antifaschistischen Widerstandes bundesweit und mit gesetzlicher Konsequenz auszuschließen.

Darüber hinaus sollte es Anliegen der Bundesregierung sein, durch die Förderung der Öffentlichkeitsarbeit dieser Stätten des antifaschistischen Widerstandes staatliches Interesse an der Wahrung antifaschistisch-demokratischer Traditionen und Grundwerte zu bekunden.

In den Beirat der zu schaffenden Stiftung zum Schutz und zur Bewahrung der Stätten des antifaschistischen Widerstandes sollten Vertreter/innen aller Spektren des antifaschistischen Widerstandes und der Opfer des Naziregimes berufen werden.